



Quelle: E&M / Georg Eble

POLITIK:

Regierung verplant Klimafonds-Mittel für Gaspreisentlastung

Die Gasspeicherumlage soll laut einem Referentenentwurf künftig aus dem Klima- und Transformationsfonds bezahlt werden. Experten fürchten deshalb um die Finanzierung der Energiewende.

Die Bundesregierung will die Gasspeicherumlage künftig über den Klima- und Transformationsfonds (KTF) finanzieren. Das sieht ein Referentenentwurf für eine Formulierungshilfe zum Haushaltsbegleitgesetz 2025 vor. Laut Entwurf soll Paragraph 2 des Gesetzes zum Zweck des KTF dahingehend erweitert werden, dass neben Ausgleichszahlungen für Strompreise nun auch Entlastungen beim Gaspreis ermöglicht werden. Für die Senkung von Stromsteuer und Netzentgelten werden nach Schätzungen jährlich 11 Milliarden Euro benötigt, für die Gasspeicherumlage könnten es mindestens 2,5 Milliarden Euro werden.

Der KTF ist ein zentrales Finanzierungsinstrument für Klimaschutzmaßnahmen und Transformation der Wirtschaft. Bisher speist sich der Fonds aus Einnahmen der CO₂-Bepreisung (rund 23 Milliarden Euro pro Jahr) sowie einem Zuschuss aus einem Sondervermögen in Höhe von jährlich 10 Milliarden Euro. Damit stehen dem KTF derzeit rund 33 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung. Experten fürchten, dass nicht genug Geld für die Förderung der Energiewende bleibt.

Agora und FÖS sehen Finanzierungslücke

Laut Berechnungen von Agora Energiewende fehlen jedes Jahr rund 24 Milliarden Euro, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Um die Finanzierungslücke zu schließen, sei eine Erhöhung der KTF-Mittel und ein zielgerichteter Einsatz der vorhandenen Gelder notwendig, so das Analysehaus. Agora kritisiert die geplante Nutzung von KTF-Mitteln zur

Finanzierung der Gasspeicherumlage. Die Förderung fossiler Energieträger setze Fehlanreize und schwäche die Wirkung des Fonds, heißt es in einer Stellungnahme vom 19. Juni.

Zusätzliche Kritik kommt vom Deutschen Naturschutzring (DNR). Eine vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag des DNR erstellte Analyse schätzt den jährlichen zusätzlichen Finanzbedarf der öffentlichen Hand für Klimaschutzbezogene Maßnahmen auf 30 bis 90 Milliarden Euro – ein Vielfaches der derzeit im KTF veranschlagten Mittel. Der Vize-Geschäftsführer des DNR, Tobias Pforte-von Randow, warnt vor den Folgen der Unterfinanzierung: „Ohne eine Reform der Schuldenbremse und den Abbau umweltschädlicher Subventionen werden wir die Modernisierung unseres Landes nicht finanzieren können.“

Transformation sozial abfedern

„Die soziale Absicherung in der Transformation und Anreize für den Umstieg auf klimaneutrale Technologien müssen zusammengedacht werden“, mahnt Julia Metz, Direktorin von Agora Industrie. Statt fossiler Subventionen brauche es eine klare Ausrichtung der Mittel auf klimaneutrale Ziele. Agora nennt vier prioritäre Handlungsfelder für den zielgerichteten Mitteleinsatz: den Ausbau der erneuerbaren Energien bis 2030, gezielte Investitionen in die Industrie, eine sozial ausgerichtete Förderung der Wärmewende sowie die Stärkung klimafreundlicher Mobilität.

Private Investitionen seien entscheidend für das Gelingen der Transformation, betont Agora. Rund 80 Prozent der nötigen Ausgaben entfielen auf Unternehmen und Haushalte, etwa für neue Heizungen, Fahrzeuge oder Produktionsprozesse. Staatliche Mittel sollen hier als Hebel wirken.

Klimaschädliche Subventionen streichen

Laut FÖS könnten rund 65 Milliarden Euro an umweltschädlichen Subventionen jährlich durch Umschichtung zur Schließung der Investitionslücke beitragen. Die Analyse verweist zudem darauf, dass ein Großteil der notwendigen Investitionen sogenannte „Sowiesoinvestitionen“ seien – Ausgaben, die ohnehin anfallen, aber klimafreundlich ausgestaltet werden müssen.

„Klimaschutzinvestitionen sind kein Luxus – sie zahlen sich aus“, sagt Florian Zerzawy vom FÖS. Sie reduzierten globale Abhängigkeiten, senkten künftige Kosten für fossile Energie und Klimaschäden und förderten das wirtschaftliche Wachstum. Die endgültige Entscheidung zur Haushaltsaufstellung 2025 wird in den kommenden Wochen im Kabinett erwartet. Die Debatte um die Zweckbindung der KTF-Mittel dürfte dabei weiter an Bedeutung gewinnen.

Das [Agora-Factsheet: Investitionen für den Klimaschutz](https://newsletter.agora-energiewende.de/c/108356789/18f9d6021b3b-sy3vvf)  (<https://newsletter.agora-energiewende.de/c/108356789/18f9d6021b3b-sy3vvf>) steht im Internet bereit.

Susanne Harmsen

© 2025 Energie & Management GmbH

Freitag, 20.06.2025, 15:10 Uhr

Mehr zum Thema

DONNERSTAG 19.06.2025

en öhnen heute...



WÄRME:

Ohne Sanierung explodieren Heizkosten und Strombedarf

Mit der Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie und der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes müssen entscheidende Weichen für die deutsche Wärmewende gestellt werden,... ► mehr

DIENSTAG 17.06.2025



KLIMASCHUTZ:

Klimaschutz soll für alle bezahlbar werden

Das Umweltbundesamt (UBA) hat Leitprinzipien und Maßnahmen vorgelegt, um einkommensschwache Haushalte bei Umwelt- und Klimaschutz sozial abzusichern.... ► mehr

DIENSTAG 17.06.2025



KLIMASCHUTZ:

Stromverbrauch steigt bei verringertem Energieeinsatz

Die AG Energiebilanzen (Ageb) hat ihren Jahresbericht für 2024 veröffentlicht. Energieimporte wurden günstiger, der Verbrauch sank, die CO2-Emissionen gingen... ► mehr

MITTWOCH 11.06.2025



POLITIK:

Gesetz zum Sondervermögen für Infrastruktur stößt auf Kritik

Die Verbände haben den Gesetzentwurf zum Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität kommentiert. Neben grundsätzlicher Zustimmung gibt es auch viel... ► mehr

MITTWOCH 11.06.2025



KLIMASCHUTZ:

Klimainvestitionen sichern laut OECD Wachstum

OECD und UNDP warnen in einer Studie vor wirtschaftliche Einbußen, wenn ambitionierte Klimaschutzziele verfehlt werden. Anlass ist eine Konferenz in Berlin zur... ► mehr

FREITAG 06.06.2025



KLIMASCHUTZ:

UBA erwartet deutliche Verfehlung des Klimaziels 2045

Das Umweltbundesamt (UBA) legt neue Projektionen zu den Treibhausgasemissionen vor und sieht selbst bei einem zusätzlichen Maßnahmenpaket das Klimaziel 2045... ► mehr